



Sitzungsperiode 2017-2018

Sitzung des Ausschusses I vom 9. Oktober 2017

INTERPELLATION*

**Interpellation von Herrn Freddy MOCKEL (ECOLO) an Herrn
Ministerpräsident PAASCH zur Energiepolitik der DG / Energielandschaft
Ostbelgien**

Sehr geehrter Herr Präsident,
Damen und Herren Abgeordnete,
Kollege Mockel,

Der Einsatz möglichst vieler Akteure aus Politik und Gesellschaft für den **Ausstieg aus der Atomenergie**, deren Sicherheit nicht garantiert werden kann, ist nicht nur opportun sondern absolut notwendig.

Die Regierung der DG setzt sich seit langem für die Umsetzung der Forderungen unseres Parlaments nach einem schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie ein.

So beschloss die Regierung zum Beispiel den Beitritt der Deutschsprachigen Gemeinschaft in die 2016 gegründete „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“.

Die Zuständigkeit für die Nutzung von Kernenergie liegt in Belgien jedoch ausschließlich beim Föderalstaat.

Als DG können wir die Abschaltung von Reaktoren wie Tihange 2 und Doel3 zwar fordern.

Beschließen können wir die Abschaltung allerdings nicht. Das kann nur der Föderalstaat.

Ich stimme Ihnen aber zu, Kollege Mockel:

Wer den Atomausstieg fordert,
der sollte sich sinnvollerweise auch damit auseinandersetzen,
was geschehen muss, damit dieser Atomausstieg möglich wird.

Wer wie wir den Ausstieg aus der Kernenergie fordert,
der sollte im Rahmen seiner Zuständigkeiten dazu beitragen,
energieautark zu werden;
der sollte selbst Energie sparen und für alternative Energiequellen werben.

Und Kollege Mockel, genau das tun wir
- im Rahmen unserer Zuständigkeiten und Möglichkeiten.

Bereits 2009 wurde dem Thema ein eigenes Zukunftsprojekt
im Regionalen Entwicklungskonzept gewidmet.

Schon in der ersten Umsetzungsphase des REK hat die DG
große Anstrengungen unternommen,
um den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden:

Insbesondere wurde die Erstellung eines umfassenden Energieleitbilds in
Auftrag gegeben.

Dabei geht es um:

- eine Bestandsaufnahme über die energetische Ist-Situation in der DG;
- eine Potenzialanalyse über theoretische Einsparpotenziale und die
Möglichkeiten zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energieträger;
- eine Entwicklungsvision für die DG anhand eines narrativen Szenarios;

- und einen Umsetzungs- und Maßnahmenplan mit 44 konkreten Maßnahmenvorschlägen;

Als Dienstleister zur Erstellung des Energieleitbilds konnte bekanntlich das namhafte Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie verpflichtet werden.

Auf dieser Grundlage aufbauend, haben wir für die zweite Umsetzungsphase des REK zu Beginn dieser Legislaturperiode der Energiepolitik erneut eine eigenes Zukunftsprojekt gewidmet.

Wir haben unser Ziel, eine Modellregion für belgische Verhältnisse zu werden nicht nur bekräftigt sondern auch anhand konkreter Maßnahmen aufgezeigt, welchen konkreten Beitrag wir dazu leisten wollen.

Wir haben unsere Anstrengungen in dieser Legislaturperiode fortgesetzt, ja sogar noch einmal verstärkt, obwohl wir weder für die Energiepolitik noch für Mobilität zuständig sind.

Wir haben, wie Sie wissen, in diesen Bereichen keine Entscheidungsbefugnisse. Wir erhalten demzufolge hierfür auch keine Finanzmittel.

Unsere Rolle als DG ist deshalb zu einem nicht unerheblichen Teil eine **koordinierende, informierende und vernetzende**.

Schon kurz nach Beginn der zweiten REK-Umsetzungsphase, am 7. November 2014,

fand in ebendiesem Sinne
 ein REK-Energieprojekttreffen zwischen der Regierung,
 dem Ministerium und Vertretern der deutschsprachigen Gemeinden statt.
 Ziel des Treffens war ein Austausch über die gemeinsame Bündelung von
 Kräften von Energie- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen.

Am 19. Januar 2016 hat es dann einen Koordinationsworkshop
 über die Sensibilisierung im Energie- und Umweltbereich gegeben.

Neben der Regierung und dem Ministerium nahmen
 Vertreter der Energieberatung der Wallonischen Region, der WFG,
 der Gemeinden, der Verbraucherschutzzentrale,
 der Organisation Courant d'Air und weitere Organisationen teil.

Konkret wurde u.a. das Projekt „Energiedetektive“ der Stadt Eupen vorgestellt,
 an dem noch heute die SGO und die GS Kettenis mit Begeisterung teilnehmen.

Am 26. Februar 2016 wurde auch die im REK
 vorgesehene Lenkungsgruppe Energie offiziell eingesetzt.

Auch bei diesem Treffen wurden Akteure vernetzt und es wurde über
 nachhaltige Energie-Modellprojekte ausgetauscht.

Am 20. April 2016 organisierte das Ministerium
 einen Workshop rund um das Thema Mobilität.

Hier wurden insbesondere Alternativen zum herkömmlichen PKW-Verkehr
 besprochen. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nahmen hieran teil.

Die Referenten der Veranstaltungen vertraten die Mobilitätszentrale Kall in NRW, die Regionalverkehr Köln GmbH, das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie sowie die VoG Fahrmit.

Darüber hinaus übt die DG mittlerweile die **koordinierende Funktion** im Rahmen des wallonischen POLLEC-Programms aus.

POLLEC richtet sich vor allem an die Gemeinden und bietet einen Rahmen für die konkrete Umsetzung nachhaltiger Energie- und Klimapläne.

Nicht zuletzt zielt POLLEC darauf ab, die teilnehmenden Gemeinden an den sogenannten „Konvent der Bürgermeister“ anzuschließen, bei dem es sich um die „weltgrößte städtische Klima- und Energieinitiative“ handelt – so die Worte von EU-Kommissar Miguel Arias Cañete.

Die Unterzeichner des Konvents, also insbesondere alle POLLEC-Partnergemeinden, verpflichten sich, ihre CO₂-Emissionen bis 2030 um mindestens 40 % zu reduzieren und ein integriertes Konzept für Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel einzuführen.

Die Regierung greift in diesem Zusammenhang eine Leitlinie des REK-Energieprojekts auf, die ausdrücklich vorsieht,

„gemeinsam mit den Gemeinden weitere Möglichkeiten zu eröffnen, um auf der Basis neuer Energieversorgungsmodelle [...] eine auf nachhaltigen Ressourcen basierende Energiewirtschaft [...] gezielt zu fördern“.

Die DG setzt sich somit seit 2017 als supra-lokaler Verband dafür ein, POLLEC und den Konvent der Bürgermeister auf effiziente Weise in Ostbelgien zu implementieren.

Alle deutschsprachigen Gemeinden haben sich bereiterklärt, an diesem Programm und an einer gemeinsamen nachhaltigen Energiepolitik mitzuwirken.

Über die Umsetzung eines einheitlichen Aktionsplans für alle Gemeinden und für die Gemeinschaftsebene wird die DG koordinierend eine kohärente, effiziente und nachhaltige Energiepolitik in unser Region vorantreiben.

Natürlich müssen wir besagten Aktionsplan nicht neu erfinden.

Mit dem Energieleitbild des Wuppertal Instituts verfügen wir bereits über eine fundierte Grundlage, die in POLLEC einfließen kann.

Wir bemühen uns zudem seit Jahren **grenzüberschreitende Initiativen** in diesem Bereich zu unterstützen.

So beteiligen wir uns beispielsweise aktiv am großregionalen Interreg-Projekt „Energiewaben“.

Zusammenfassend geht es hierbei darum, möglichst hohe Anteile an in der Großregion erzeugtem Strom aus erneuerbaren Energien vor Ort zu nutzen.

Das Projekt Energiewaben bezweckt eine deutliche Erhöhung von Erneuerbaren Energien in den Verteilernetzen, insbesondere von Wind und Photovoltaik, ab.

Intelligente Netze und eine sogenannte Wabenstruktur sollen dies ermöglichen.

Das Gesamtvolumen für dieses Projekt beläuft sich auch immerhin **1,5 Mio. EUR**.

Auch ist die DG Partner des Interreg-Projekts EMR Connect, das Verbesserungen im Bereich der grenzüberschreitenden Mobilität sowie eine stärkere Vernetzung innerhalb der Euregio Maas-Rhein bezweckt.

Durch innovative und nachhaltige Mobilitätslösungen sollen Nachhaltigkeitsziele wie die Senkung von CO₂-Ausstößen im Straßenverkehr der gesamten Euregio Maas-Rhein erzielt werden.

Alleine dieses Projekt hat ein Gesamtvolumen von **4,6 Mio. EUR**.

Im **Bildungswesen** setzt die Regierung konsequent und gezielt auf die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen.

Die Rahmenpläne schreiben eine fortwährende Auseinandersetzung mit dem Thema Energie von der Primarschule bis zum Abitur vor:

Gemäß der im Rahmenplan Naturwissenschaften definierten Kompetenzerwartungen für das Ende der Primarschule werden Schülerinnen und Schüler befähigt, verschiedene Energieformen und deren Umwandlung zu unterscheiden und dabei ökologische Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Dazu lernen sie während ihrer Primarschulzeit zwischen nachhaltigen und umweltbelastenden Energieträgern zu unterscheiden und die Notwendigkeit des Energiesparens zu erklären.

Sie lernen den Zusammenhang zwischen Energieumsatz, Energieeinsparungen und Auswirkungen auf die Umwelt und werden befähigt, an Beispielen den Zusammenhang zwischen physikalischen Erkenntnissen und der nachhaltigen Entwicklung darzustellen.

Das Thema Energie wird im Laufe der Sekundarschulzeit konsequent vertieft.

Die Jugendlichen lernen unter anderem, die Gewinnung fossiler Brennstoffe und den Weg eines Nutzsuffs von der Gewinnung über die Verarbeitung bis hin zur Verwertung zu beschreiben.

Sie setzen sich auch intensiv mit Vor- und Nachteile der Kernkraft auseinander.

Diese Sensibilisierung von jungen Menschen, Kollege Mockel,
ist von ganz entscheidender Bedeutung,
wenn wir unsere Nachhaltigkeitsziele auch nachhaltig erreichen wollen.

Wir sind zwar nicht für Energiepolitik zuständig.

Aber wir sind für Bildung zuständig.

Und über diesen Weg können wir einen sehr wichtigen Beitrag leisten.

Ein weiterer Schwerpunkt des REK-Energieprojekts
betrifft die **Energieeffizienz** in Infrastrukturen der Deutschsprachigen
Gemeinschaft und in Infrastrukturen, die wir bezuschussen.

Dieses Kapitel nehmen wir besonders ernst.

In den letzten Jahren haben wir **11,7 Mio. EUR (!)** in
Energieeffizienzmaßnahmen investiert.

- Das Naturzentrum Ternell ist hier mit 600.000 EUR tatsächlich nur ein
Beispiel unter vielen;
allerdings ein überaus innovatives Beispiel,
das Experten im Landesinnern als Modellprojekt preisen.
Darüber werden die Öffentlichkeit in Kürze mehr erfahren.
- Allein im Bildungswesen wurden Investitionen für
Energiesparmaßnahmen in Höhe von 4,5 Mio. EUR getätigt.
- Auf Gemeindeebene hat die DG
etwa Erneuerungen von Heizungen, LED-Beleuchtungskonzepte,
Dachsanierungen oder Isolierungen mit Mitteln in Höhe von 1,9 Mio.
EUR bezuschusst.
- In den Bereichen Jugend Kultur, Sport und Tourismus investierte die
Regierung weitere 1,8 Mio. EUR.

- Im Behindertenbereich, im Denkmal- und Landschaftsschutz und in den Bereichen Soziales, Senioren und Tourismus wurden 1,5 Mio. EUR investiert.
- In ihren eigenen Infrastrukturen, hierunter die Gemeinschaftszentren und Dienste mit getrennter Geschäftsführung haben wir 2,2 Mio. EUR in Energiesparmaßnahmen ausgegeben.
- Nicht zu vergessen:
das erste Schulbauprogramm,
das wir im Norden unserer Gemeinschaft verwirklicht
und in das wir die stolze Summe von **150 Millionen EUR** investiert
haben.
Immerhin die Hälfte eines Jahreshaushaltes unserer Gemeinschaft.
Dieses Programm ist nun wirklich ein Vorzeigeprojekt in Sachen
Energieeffizienz.
Das werden Ihnen alle Experten bestätigen.
Wir haben alle Neubauten im Passivhausstandard errichtet
und bei Renovierungsarbeiten strengst mögliche Energiestandards
angewandt.
- Hinzu kommt jetzt das 2. Schulbauprogramm,
das wir derzeit für den Süden unserer Gemeinschaft und für Kelmis
vorbereiten.
Wir werden mehr als **100 Millionen EUR** in dieses Projekt investieren,
strengste Energiestandards anwenden
und dadurch erneut massiv Energie einsparen.
- Darüber hinaus haben wir für das Ministerium
ein innovatives Energiebuchhaltungskonzept eingerichtet,
das dazu beitragen soll,
die internen Energieverbräuche besser zu steuern und zu senken.

Dieses Konzept soll zukünftig auf weitere Institutionen in Ostbelgien ausgeweitet werden.

Mehrere Gemeindevertreter haben bereits Interesse daran bekundet.

Außerdem plant das Ministerium zeitnah den Ankauf einer spezifischen Software für das Energie- und Gebäudemanagement.

Die hiermit verbundene Ausschreibung läuft zurzeit an.

Ebenso plant das Ministerium die Ausschreibung einer Referentenstelle für Nachhaltigkeit und Energieeffizienz für den Fachbereich Infrastruktur.

Zusätzlich dazu haben wir eine zentrale Koordinierungs- und Kommunikationsstelle für Energie und Mobilität innerhalb des Fachbereichs Außenbeziehungen und Regionalentwicklung geschaffen.

Diese Stelle wurde schon Anfang 2017 ausgeschrieben.

Dass sie über Monate nicht besetzt werden konnte, Kollege Mockel, liegt nicht etwa an fehlendem politischen Willen.

Wenn wir die Stelle nicht einrichten wollten, hätten wir sie wohl kaum öffentlich ausgeschrieben.

Es lag auch nicht an fehlenden finanziellen Mitteln.

Die Stelle war im Haushalt fest eingeplant.

Nein, Kollege Mockel, wir haben schlicht und ergreifend lange Zeit erfolglos nach einem geeigneten Bewerber gesucht.

Es ist kein Geheimnis,
dass die öffentliche Hand genauso wie die private Wirtschaft unter einem zunehmenden Fachkräftemangel leidet.

Ich kann Sie aber beruhigen, Kollege Mockel. Die Stelle ist mittlerweile besetzt.

Kollege Mockel,

die Ziele des REKs werden also belegbar weiterverfolgt.

Ich habe versucht,
das an einigen Beispielen deutlich zu machen.

Aber wir sollten uns nicht in die Tasche lügen.

Wir verfügen derzeit nicht über all jene Zuständigkeiten,
die wir bräuchten um unsere langfristigen Ziele autonom zu erreichen.

Streng genommen haben wir überhaupt keine energiepolitischen Befugnisse.

Die Zuständigkeit für die Festlegung von Normen für die rationelle Energienutzung und für die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen liegt seit der zweiten Staatsreform bei den Regionen,
nicht bei den Gemeinschaften.

Auf unserem Gebiet ist bis auf Weiteres
die Wallonische Region für Energie und Mobilität zuständig.

Den Ausbau der erneuerbaren Energien in Ostbelgien konkret voranzutreiben,
das sollte man korrekterweise feststellen,
ist also nicht zuletzt die Aufgabe der Wallonischen Region.

Kollege Mockel,
als ich Ihre Interpellation gelesen habe,
war ich voller Bewunderung für die rhetorische Raffinesse,
mit der Sie diesen Umstand wider besseren Wissen ignorieren.

Wer Ihnen eben zugehört hat,
der muss glauben,
die DG wäre auf ihrem Gebiet für Energiepolitik zuständig.

Nur so gelingt es Ihnen, den falschen Eindruck zu vermitteln,
wir täten zu wenig in diesem Bereich.

Sie haben eben zum Beispiel gesagt - Zitat :

„Das Parlament der Wallonie hat in der letzten Woche, zur Freude der
belgischen Grünen, eine Resolution verabschiedet, die eine emissionsfreie
Wallonie bis 2050 anvisiert und einen Kurs setzt.

Eine solche Initiative wäre auch auf unserer Ebene wünschenswert.“

Köstlich. Bewundernswert.

Sie freuen sich über die energiepolitischen Initiativen der Wallonischen Region.
Und werfen uns als DG einen Absatz später vor,
in energiepolitischen Fragen weniger zu tun als die Wallonische Region.

Dabei wissen Sie ganz genau:

Die Wallonische Region ist auf unserem Gebiet für eben diese Energiepolitik zuständig.

Alle begrüßenswerten Initiativen der Wallonischen Region in diesem Bereich gelten automatisch auch für uns.

Sie sind alle automatisch auch in der DG anwendbar.

Wir selbst haben überhaupt keine eigenen energiepolitischen Zuständigkeiten.

Wir alle können uns deshalb mit Ihnen, Kollege Mockel,
über diese neue Initiativen der WR freuen.

Sie gelten auch für uns.

Natürlich können wir als DG im Rahmen unserer eigenen Infrastrukturplanung
und bei der Bezuschussung von Infrastrukturprojekten
großen Wert auf Energieeffizienz legen.

Wir können Vorbild sein,
indem wir entsprechende finanzpolitische Prioritäten festlegen.

Genau das tun wir, übrigens auch ohne einen Erlass für nachhaltiges Bauen.

Einerseits haben wir für **unsere eigenen Projekte die denkbar strengsten Regeln** festgelegt.

Das kann man zum Beispiel an den beiden großen Schulbauprogrammen erkennen, von den ich eben gesprochen habe.

Zum anderen haben wir bislang **noch jeden einzelnen Antrag von Gemeinden und privaten Projektträger auf Bezuschussung von Energiesparmassnahmen genehmigt**. Jeden einzelnen!

Das wird auch im nächsten Infrastrukturplan so sein.

Alleine die Energiesparmassnahmen in Kirchen und Kapellen kosten uns mittlerweile mehrere Millionen EUR.

Wir sind übrigens die einzigen im ganzen Land, Infrastrukturarbeiten in nicht denkmalgeschützten Kirchen bezuschussen.

Wir genehmigen 100% aller Anträge, wenn es um Energieeffizienz geht.

Eindrucksvoller kann man eine Schwerpunktsetzung nicht belegen.

Dafür hinaus können wir im Rahmen unserer bestehenden Zuständigkeiten, koordinieren, sensibilisieren und vernetzen. Ich habe versucht Ihnen anhand konkreter Beispiele darzulegen, dass wir diese Rolle sehr ernst nehmen.

Nun hat die Wallonische Region ihre Bereitschaft angekündigt, uns die energiepolitischen Zuständigkeiten zu übertragen.

Darauf bin ich bereits vor wenigen Wochen sowohl in meiner Antwort auf eine Interpellation unseres Kollegen Lambertz als auch in der Regierungserklärung eingegangen.

Darin steckt eine grosse Chance.

Für die unmittelbare Steuerung von spezifischen Teilen der regionalen Energiepolitik würden wir fortan über jene Hebel verfügen, die zur Verwirklichung einer ambitionierten, umfassenden und kohärenten Energiepolitik notwendig sind.

Diese grundlegende Perspektive muss und wird von heute an die weitere Umsetzung des REK-Energieprojekts prägen und nicht zuletzt in die Vorbereitung der dritten Umsetzungsphase des REKs einfließen.

Diese Perspektive muss demnach auch in das Thema Nachhaltiges Bauen und in alle hiermit verbundenen Verordnungen einfließen.

Alles andere wäre kurzsichtig und sicher nicht nachhaltig.

Wir bereiten uns derzeit intensiv vor, sowohl auf die Verhandlungen zur Übertragung der Zuständigkeiten als auch auf die mögliche Nutzung dieser Zuständigkeiten.

Schon in den Sommermonaten haben wir eine umfassende Bestandsaufnahme der zu übertragenden Zuständigkeiten erstellt, um den Perimeter der Verhandlungen festlegen.

Die neue Referentin für Energie hat ihren Dienst am 01. Oktober angetreten und bereits an **einer** ersten **mehrtägigen** Weiterbildungen teilgenommen, die der Abgeordnete Edmund Stoffels im wallonischen Regionalparlament organisiert hat.

Um uns auf die mögliche Nutzung der neuen Zuständigkeiten vorzubereiten, schauen wir uns in diesen Monaten zudem mehrere Vorzeigemodelle in anderen Regionen an.

Energiepolitik ist eine hochkomplexe Angelegenheit.

Energiepolitik gestaltet man nicht mal einfach so, aus dem Bauch heraus, mit einem oder zwei einzuarbeitenden Referenten.

Wir sind in diesem Bereich auf die Expertise anderer und auf Zusammenarbeit mit ausgewiesenen Fachleuten angewiesen.

Deshalb sind wir beispielsweise letzte Woche 2 Tage in Südtirol gewesen.

Nachdem Südtirol große Schwierigkeiten in diesem Bereich überwunden hat, ist man nun dabei überaus ehrgeizige klimapolitische Ziele zu definieren.

Der dortige Klimaplan ist beeindruckend.

90 Wissenschaftler arbeiten in Südtirol an einem wahrhaft revolutionären Konzept, um massiv Energie einzusparen, im Einklang mit der Natur erneuerbare Energien zu fördern, Treibhausemissionen drastisch zu senken und die E-Mobilität konsequent auszubauen.

Südtirol hat den Anspruch, eine Modellregion in Europa zu werden.

Und ich habe persönlich den Eindruck gewonnen: die schaffen das!

Ein an der EURAC angesiedeltes Institut für erneuerbare Energien hat bereits einen Simulator entwickelt, mit dem man ausgehend von den Eigenheiten einer Region definieren kann, welche Maßnahmen und welche Investitionen notwendig sind, um die politisch festgehaltenen energiepolitischen Ziele zu erreichen.

Ein unglaublich spannendes wissenschaftliches Vorhaben,
das wir uns angeschaut haben.

Und ich bin dankbar,
dass sowohl die Landesregierung von Südtirol
als auch die EURAC ihre Bereitschaft angekündigt haben,
mit uns eng zusammenzuarbeiten;
man könnte auch sagen, uns mit fundierter wissenschaftlich Expertise zu helfen.

Wir haben bereits Termine in Brüssel und in Ostbelgien vereinbart.
Solche Formen europäischer Zusammenarbeit werden wir brauchen,
um unsere Ziele zu erreichen.

Kolleginnen und Kollegen, Sie werden festgestellt haben,
dass die DG trotz begrenzter Zuständigkeiten bereits viel getan hat.

Wir werden weiterhin konsequent an der Umsetzung aller Massnahmen arbeiten,
die wir uns im REK vorgenommen haben.

Und wir werden uns ergebnisorientiert
auf die Übernahme neuer Zuständigkeiten vorbereiten.

Dabei werden wir jedoch mit gesundem Menschenverstand vorgehen.

Wir werden in den Verhandlungen mit der WR nichts überstürzen.

Wir werden keine unkalkulierbaren Risiken für unsere Gemeinschaft eingehen.

Wir werden den Verhandlungen mit der WR die Zeit geben,
die hierfür notwendig ist.

Und wenn diese Verhandlungen mehr als 20 Monaten dauern sollten,
dann dauern sie eben mehr als 20 Monate.

Hier geht es um die Sache. Es geht um die Zukunft unserer Gemeinschaft.

Und nicht um kurzfristige politische Erfolgsmeldungen.